

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
(22. - öffentliche - Sitzung am 9. Januar 2019)

Beratungsthemen:

1. **Arbeit der Anlaufstellen für Straffälligenhilfe angemessen unterstützen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1846](#)

Der - federführende - Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Antrag entgegen und setzte die Antragsberatung fort. Er bat die Landesregierung, ihn in einer Sitzung im März 2019 erneut über die finanzielle Situation der Anlaufstellen für Straffälligenhilfe zu unterrichten.

2. **Schöffenamts stärken - Kommunen unterstützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1359](#)

Ein Vertreter der Fraktion der SPD teilte mit, dass die Koalitionsfraktionen beabsichtigten, einen Änderungsvorschlag vorzulegen. Der - federführende - Ausschuss stellte die Antragsberatung daraufhin zurück.

3. **Konsequenzen aus Diesel-Betrugsskandal ziehen: Wirtschaftssanktionsrecht verschärfen, Zivilprozessrecht anpassen, Whistleblower schützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1394](#)

Der Ausschuss bat den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung sowie den Unterausschuss „Verbraucherschutz“ um Stellungnahme zu den sie betreffenden Gesichtspunkten des Antrages. Vorbehaltlich entgegenstehender Stellungnahmen schloss er die Antragsberatung ab und empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu den juristischen Aspekten und eingeleiteten Verfahren in Bezug auf die presseöffentlich gewordenen Misshandlungen von Tieren in Schlachthöfen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung, ihn über den Fortgang der Dinge auf dem Laufenden zu halten.

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu den juristischen Aspekten des laufenden Strafverfahrens gegen Niels Högel**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Außerhalb der Tagesordnung bat der Ausschuss um eine mündliche Unterrichtung über einen Waffenfund in einer Außenstelle des Justizministeriums.